



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 25. Juni 2026

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2026**
HIER Arbeitsnummer 6/249

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung


Christoph de Vries

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Stephan Brandner
vom 18. Juni 2026
(Monat Juni 2026, Arbeits-Nr. 6/249)

Frage

Wie viele afghanische Staatsangehörige wurden seit dem Beginn der 21. Wahlperiode zum Stichtag 18. Juni 2026 aus Deutschland nach Afghanistan insgesamt abgeschoben, und welche Gesamtkosten sind dem Bund hierfür entstanden (bitte sämtliche im Zusammenhang mit den Abschiebungen angefallenen Kosten, insbesondere für Charterflüge, Sicherheitsbegleitungen, organisatorische Maßnahmen sowie sonstige Sach- und Personalkosten und jegliche sonstige Kosten ausweisen)?

Antwort

Im Zeitraum 25. März 2025 bis einschließlich 18. Juni 2026 wurden insgesamt 170 afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan zurückgeführt.

Die Kosten für das Fluggerät im Zusammenhang mit Sammelrückführungsmaßnahmen können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

Datum der Maßnahme	Kosten für das Fluggerät
18.07.25	588.456 €
26.02.26	366.080 €
28.04.26	335.080 €
16.06.26	359.080 €

Daneben fallen u. a. Kosten für Übernachtungen der Personenbegleiter Luft der Bundespolizei sowie Verpflegungs-, Reise- und Personalkosten der eingesetzten Beamten der Bundespolizei an, die nicht gesondert erfasst werden. Zu weiteren Kosten, die durch die beteiligten Behörden der Länder zu tragen sind, verweist die Bundesregierung auf die dortige Zuständigkeit.

Vom 12. Dezember 2025 bis zum 22. Mai 2026 sind zudem Reisekosten im Rahmen von Anhörungsmaßnahmen in Höhe von 11.847,30 Euro entstanden.